



Information der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Ausgabe Juli 2007

Nettonullverschuldung bereits 2008

Konsolidierungsbedarf bleibt bestehen

Das Land Baden-Württemberg wird bereits im kommenden Jahr ohne neue Schulden auskommen. Die Mai-Steuerschätzung 2007 prognostiziert als Folge der positiven Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt – mit einer Milliarde Euro mehr pro Jahr – hohe Steuermehreinnahmen für das Land. Damit wird das Land die Nettonullverschuldung bereits drei Jahre früher als bisher geplant erreichen können.

Die Planung sah bislang vor, ab dem Jahr 2011 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Zudem wird noch in diesem Jahr ein Pensionsfonds mit einem Volumen von zunächst einer halben Milliarde Euro für die Absicherung der Altersversorgung für Beamte eingerichtet. Von einer historischen Weichenstellung sprachen Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL und Fraktionsvorsitzender Stefan Mappus MdL. Geschäftsgrundlage für das Erreichen der Nettonullverschuldung sind die Steuerschätzung aus dem Mai diesen Jahres sowie die aktuellen Wirtschaftswachstumsprognosen. Baden-Württemberg besetzt damit wieder einen Spitzenplatz im Ländervergleich.

Es gelte jetzt für Baden-Württemberg, die Konsolidierungsmaßnahmen voranzutreiben und sich nicht auf dem Erreichten

auszuruhen, sondern die Spitzenstellung zu behaupten, sagte der Vorsitzende des Fraktions-Arbeitskreises Finanzen, Klaus Herrmann MdL. Die Mittelfristige Finanzplanung 2006 – 2010 zum aktuellen Haushalt 2007/2008 zeige die Notwendigkeit, Einsparungen vorzunehmen sehr deutlich auf. Nach der aktuellen Planung ergebe sich für die Haushalte 2009/2010 ein hoher Konsolidierungsbedarfe. Das Ziel der Nullverschuldung ab 2008 sei daher sehr ehrgeizig, aber durchaus machbar. In der Folgezeit müsse dann auch der Abbau der Landesschulden begonnen werden, so Herrmann.

„Der Abbau der Staatsschulden kommt vor allem den jungen Menschen zugute, weil er den Handlungsspielraum der jungen Generation erweitert“, betonte Stefan Mappus MdL.

Durch das Vorziehen der Nettonullverschuldung auf 2008 ergebe sich ein Konsolidierungsbedarf für die Jahre 2009 und 2010 aus der dann nicht mehr erfolgenden Nettokreditaufnahme und der bei der Aufstellung des Haushaltsplanes noch zu schließenden Deckungslücke. „Wir müssen für 2009 nach der derzeit noch aktuellen Mittelfristigen Finanzplanung 1.476 Mio. Euro und für 2010 noch 1.410 Mio. Euro einsparen“, verdeutlichte Herrmann. „Sicherlich verringert sich der Druck, Einsparungen vorzunehmen durch auch für 2009 und 2010 entsprechend höhere Steuereinnahmen. Dabei ist aber zu

berücksichtigen, dass diese Prognosezeiträume weiter in der Zukunft liegen und damit automatisch höhere Fehlerquoten aufweisen dürften“, so Herrmann. Auch sei in verschiedenen Bereichen mit zwangsläufigen Mehrausgaben zu rechnen. Selbst wenn – wie prognostiziert – rund eine Milliarde Euro mehr Steuereinnahmen in 2009 und 2010 zur Verfügung stehen sollten, bleibe noch ein Konsolidierungsbedarf von rund einer halben Milliarde Euro pro Jahr.

Einen Vergleich zwischen der noch nach der Mittelfristigen Finanzplanung 2006 – 2010 vorgesehenen Nettoneuverschuldung und der jetzt aktuellen Planung zeigt die untenstehende Tabelle und die grafische Übersicht auf Seite 2.

Fortsetzung Seite 2

Vorgesehene Nettoneuverschuldung

Jahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Nettoneuverschuldung (Soll in Mrd. EUR)						
nach mittelfr. Finanzplanung 2006 – 2010	1,935	1,000	0,750	0,550	0,350	0,000
nach Beschl. Regierungskoalition vom 08. 05. 2007	1,935	1,000	0,000	0,000	0,000	0,000

INHALT

Aktuelles

[Seite 2-3]

Aus den Arbeitskreisen

[Seite 4-6]

[In]diskret

[Seite 6]

Anträge

[Seite 7]

Neue Publikationen

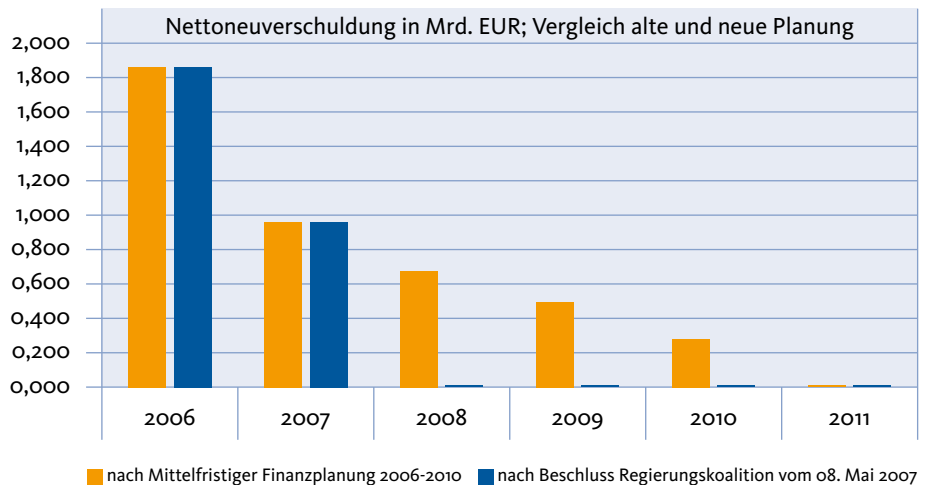
[Seite 8]

Fortsetzung von Seite 1

Nach der derzeitigen Planung wird die Landesregierung noch vor der Sommerpause Eckpunkte eines Nachtragshaushalts für die Jahre 2007 und 2008 vorlegen.

Bei den notwendigen Einsparungen werde die CDU-Landtagsfraktion die Regierung unterstützen, damit das Ziel der Nettonullverschuldung schon ab dem kommenden Jahr erreicht werde, sagte Fraktionschef Stefan Mappus MdL zu.

Text: Dr. Arndt Möser,
Zahlenbasis für die Grafiken: Finanzministerium



[AKTUELLES]

CDU-Fraktion begrüßt Einführung des Digitalfunks für Sicherheitsbehörden

Thomas Blenke MdL: „Polizei auf Augenhöhe“

Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg begrüßt das von den Innenministern getroffene Abkommen, das den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks für Sicherheitsbehörden regelt. „Mit der Einführung des Digitalfunks geben wir unserer Polizei

ein wirkungsvolles Instrument zur Verbrechensbekämpfung an die Hand und bringen unsere Beamte auf Augenhöhe mit den Kriminellen“, sagte der polizeipolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Blenke MdL, in Stuttgart.

Text: Heiko Kusche

Ernährungsinformation wichtiger denn je

Karl Traub MdL: „Frage nach richtiger Ernährung kommt immer höhere Bedeutung zu“

Die Ernährungsinformation und -bildung ist in Baden-Württemberg auf einem guten Weg. So die Aussage der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU in der Sitzung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft. Wie der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Karl Traub mitteilte, kommt der Frage nach der richtigen Ernährung vor dem Hintergrund zunehmender Fehlernährung, Überernährung oder Mangelernährung gerade bei Kindern und Jugendlichen eine immer größere Bedeutung zu. Erfreulicherweise gebe es eine Reihe von Maßnahmen des Landes, von Stiftungen, der Umweltakademie sowie von Kommunen und privaten Initiativen.

So hat laut Traub das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport die Förderung der Gesunderhaltung in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher durch die Inhalte Ernährung, Essverhalten und Bewegung verankert. Vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wurden in Abstimmung mit dem Kultusministerium alle Schulen in Baden-Württemberg zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern mit dem Ringordner „Esspedition Schule – Material zur Ernährung für die Klassen 1 bis 6“ ausgestattet.

Ausschussvorsitzender Traub wies darauf hin, dass ein entsprechender Ordner „Esspedition Kindergarten“ in Vorbereitung ist.

Aber auch nichtstaatliche Einrichtungen bieten einen großen Fächer von Maßnahmen. Mit Hilfe des Kultusministeriums führt die AOK Baden-Württemberg das Projekt „Science Kids“ durch, das auf Bewegung und Ernährung von Kindern im Grundschulalter abzielt. Der Landesjugendring führt mit finanzieller Hilfe des Landes das Projekt „Gesundheit beginnt im Kopf“ durch. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung von Methoden, Gesundheitserziehung als Teil der Jugendbildung zu gestalten.

Abschließend wies Traub noch auf die „Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V.“, Sektion Baden-Württemberg, hin, die sich in ihrer Arbeit primär an Multiplikatoren, auch im Erwachsenenbereich, wendet. Zu den Zielgruppen gehören Lehrerinnen und Lehrer, Referenten an Volkshochschulen und Beratungskräfte aus Ämtern oder dem Öffentlichen Gesundheitsdienst. „Auch die Parlamentarier wollen sich dieses Themas in Zukunft verstärkt annehmen“, erklärte Traub.

Text: Landtagspressestelle

Girls' Day 2007: Mädchen-Zukunftstag in der CDU-Landtagsfraktion

14 Mädchen schnuppern in die Landespolitik hinein

Stefan Mappus MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, konnte am „Girls' Day“ 14 Mädchen aus drei Stuttgarter Schulen im Landtag begrüßen. Zunächst hatten die Mädchen die Gelegenheit den Landtag „im laufenden Betrieb“ kennen-zulernen: gut vorbereitet nach einer Einführung durch den Besucherdienst verbrachten die Mädchen einige Zeit auf der Besuchertribüne, um die laufende Plenardebatte mitzuverfolgen. Danach ging es in die Geschäftsstelle der

CDU-Landtagsfraktion. Fraktionsvorstand, Arbeitskreis, Vermerk – alles neue Begriffe für die jungen Damen, die einen Blick hinter die Kulissen werfen durften und so einiges über die Arbeitsabläufe und das Dienstleistungsangebot der Fraktionsgeschäftsstelle erfahren konnten. Natürlich kam dabei auch die inhaltliche Diskussion nicht zu kurz. Zu den Themen Alkoholmissbrauch von Jugendlichen und zum Nichtraucherschutz brachten die jungen Damen sehr engagiert ihre Meinung ein.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen weihte Andrea Krüger MdL, Sprecherin für Chancengleichheit, die jungen Damen noch in die Arbeit einer Abgeordneten ein. Krüger war begeistert vom großen Interesse der jungen Damen und meinte abschließend: „In diesem Jahr haben wir einige Mädchen neugierig auf Politik gemacht. Die CDU-Landtagsfraktion ist sicher beim nächsten Girls' Day wieder dabei – dann nehmen wir einfach ein paar Jungs mit dazu.“ *Text: Claudia Thannheimer*

CDU-Landtagsfraktion startet Initiative zu Medien und Kinderschutz

Einfluss von Gewalt in den Medien soll kritisch beleuchtet und eingedämmt werden

Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion haben im Rahmen einer parlamentarischen Initiative die Gewaltprävention an Schulen zum Thema gemacht. „Wir sehen bereits heute ein Bündel an Maßnahmen zur Gewaltprävention, das gute Früchte trägt und einen größeren Bekanntheitsgrad verdient“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Schebesta MdL.

Speziell die Folgen der Gewaltdarstellung in den Medien wollen die CDU-Parlamentarier in einer eigenen Arbeitsgruppe „Medien und Kinderschutz“ aufgreifen, die sich inzwischen konstituiert hat. Günther-Martin Pauli MdL beschreibt die Schwerpunktthemen der AG wie folgt: „Wir wollen den Einfluss von Gewaltdarstellungen

in den Medien grundsätzlich beleuchten und vor allem zentrale Handlungsfelder für die Landespolitik ausmachen. Die vorhandenen Präventionsangebote müssen dazu besser bekannt gemacht und miteinander vernetzt werden. Außerdem müssen wir prüfen, wie problematische Zielgruppen besser erreicht werden können.“

Schebesta verwies auf die erfreuliche Tatsache, dass die Zahl der Jugendlichen, die an Projekten zur Gewaltvorbeugung teilnehmen, steigt. So habe die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern am Projekt „FAUSTLOS“ seit 2004 um 82 Prozent zugenommen. „Für besonders interessant halte ich das Schüler-Medienmentoren-Programm, das sich in einer

Erprobungsphase an derzeit 20 Schulen befindet“, erklärte Schebesta.

Die Landesregierung hat auf Antrag der CDU-Fraktion alle bereits bestehenden Maßnahmen zur Gewaltprävention an Schulen dargestellt (Landtagsdrucksache 14/962).

Schebesta hob hervor: „Für uns sind Schulen kein Entstehungsherd von Gewalt. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das auch in Schulen hineingetragen wird. Aber die Schule ist auf jeden Fall einer der Orte, an dem der Gewalt von Jugendlichen mit am Besten vorgebeugt werden kann. Hier müssen wir weiter ansetzen.“

Text: Hans Klöppner

Einer Einladung zu einem Gespräch mit Bernhard Prinz von Baden und Michael Prinz von Baden waren vier Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion gefolgt. Landtagspräsident Peter Straub MdL, Minister a.D. Ulrich Müller MdL, Veronika Netzhammer MdL und Dr. Reinhard Löffler MdL diskutierten im Schloss Salem über die Stiftungsfrage und die Zukunft der Kunstgüter. Gegenstand der Gespräche im Weinkeller des Schlosses waren auch die wirtschaftlichen Unternehmungen des Hauses Baden, die im Agrarbereich und Weinbaubereichen als mittelständisches Unternehmen zu den wichtigen Arbeitgebern der Region gehören.

Text: Heiko Kusche, Foto: privat



[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

„Spüren, wie Sozialpolitik beim Bürger ankommt“

VdK zu Gast bei AK Sozialpolitik

Vertreter des Sozialverbandes VdK (Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands) kamen in Stuttgart zu einem Gespräch mit dem Arbeitskreis Sozialpolitik zusammen. Der Landesverbandsvorsitzende Hans Otto Walker

stellte den VdK als größte deutsche gemeinnützige und überparteiliche Selbsthilfeorganisation vor und betonte dabei, der VdK bringe sich als Verband in sozialpolitische Entscheidungsprozesse ein. Darüber hinaus würden hauptamtliche, qualifizierte Sozialrechtsreferenten nicht nur in allen

Fragen des umfangreichen Sozialrechts beraten, sondern würden die Mitglieder außerdem in Widerspruchs- und Klageverfahren durch alle Instanzen vertreten. „Kompetenz, Stärke und ein umfangreiches Serviceangebot zeichnen uns aus“, so Walker. „Wir vermitteln komplexe gesetzliche Regelungen verständlich und spüren wie Sozialpolitik beim Bürger ankommt.“

Im Gespräch mit den Mitgliedern des Arbeitskreises Sozialpolitik bildete die Gesundheitsreform einen Schwerpunkt. Hier sehen die Verbandsvertreter noch einen hohen Informationsbedarf bei der Bevölkerung. Außerdem sollen die beschlossenen Verbesserungen wie beispielsweise im Bereich der Palliativmedizin zügig umgesetzt werden. Für die anstehende Novelle der Pflegeversicherung kündigte der VdK ein eigenes Positionspapier an. Wichtig sei insbesondere die Einbeziehung demenziell Erkrankter und eine bessere Finanzausstattung. Der VdK sehe sich hier als Anwalt der Pflegebedürftigen, sagte Walker.

Der Arbeitskreisvorsitzende Wilfried Klenk MdL bestätigte dem VdK eine hohe Fachkompetenz. „Der VdK ist für uns ein wichtiger Partner in allen Fragen der Sozialpolitik und wir werden den Dialog gerne fortsetzen.“

Text @ Foto: Claudia Thannheimer



Arbeitskreisvorsitzender Wilfried Klenk MdL, Andreas Hoffmann MdL, Andrea Krueger MdL, Werner Raab MdL, Karl Rombach MdL mit den Vertretern des VdK: Hans-Josef Hotz, Hans Otto Walker (Landesverbandsvorsitzender), Stefan Pfeil und Roland Sing (v.l.n.r.)

Wertvolle Anregungen aus Österreich mitgebracht

Arbeitskreis für Ernährung und Ländlichen Raum in Vorarlberg

Im Rahmen einer Informationsreise traf sich der Arbeitskreis für Ernährung und Ländlichen Raum im österreichischen Vorarlberg mit Landesrat Erich Schwärzler, Landtagsabgeordneten, Bürgermeister sowie Vertretern der Landwirtschaftskammer, des Tourismusverbandes und der Agrarbezirksbehörden, um über aktuelle agrarpolitische Themen zu diskutieren.

Die Abgeordneten interessierten sich bei der Besichtigung des Bregenzerwälder Käsekellers in Lingenau und der Vorstellung der „KäseStraße“ Bregenzerwald besonders dafür, wie der regionaltypische Bergkäse produziert und vermarktet und wie das örtliche Biomasse-Heizkraftwerk Lingenau GenmbH in die Wertschöpfung im ländlichen Raum eingebunden wird.

Im Hinblick auf das Biosphärengebiet „Schwäbische Alb“ waren die Ausführungen der Herren Regio-Obmann LAbg Josef Türtscher und Bürgermeister Franz-Ferdinand Türtscher in der Erlebnisnennerei Sonntag-Boden zum Biosphärenpark Großes Walsertal und zu verschiedenen Regionalprojekten wertvolle Anregungen.

Die Informationsreise endete mit dem Besuch des vorbildlichen Bäuerlichen Schul- und Bildungszentrums für Vorarlberg in Hohenems. Unter fachkundiger Führung wurden das bäuerliche

Bildungswesen mit den Ausbildungszweigen Hauswirtschaft und Landwirtschaft sowie der schulische Landwirtschaftsbetrieb Rheinhof ausführlich dargestellt.

Text @ Foto: Anton Watzek



[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

„Komasaufen“ zu Pauschalpreisen verbieten – „Vorglühen“ an der Tankstelle verhindern

Ergebnisse der Anhörung zum Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen in die Tat umgesetzt



Die Zahlen aus dem Jahre 2005 haben die Christdemokraten in Alarmbereitschaft versetzt: 3.193 Jugendliche und junge Erwachsene unter 20 Jahren mussten nach übermäßigem Alkoholkonsum ins Krankenhaus. Damit einher gingen häufig gewalttätige Auseinandersetzungen. Diese besorgniserregende Entwicklung hat die Arbeitsgruppe (AG) Jugend dazu veranlasst, eine Anhörung mit Vertretern der Polizei und der Suchthilfe durchzuführen, um Vorschläge aus der Praxis für eine Eindämmung dieser Entwicklung zu erhalten, sagte die Vorsitzende der AG, Sabine Kurtz MdL. Daraus resultierten eindeutige politische Initiativen.

„Im Bereich des Jugendschutzgesetzes fehlt bisher die Möglichkeit, im Falle von Verstößen auch gegen die Jugendlichen selbst jugendgemäße aber dennoch spürbare Sanktionen zu verhängen. „Fehlverhalten bleibt bislang also ohne Folgen“, führte Ulrich Müller MdL aus. Das müsse geändert werden, forderte die AG. Außerdem wolle man die Missbrauchsmöglichkeit, mit der sich 16- und 17-Jährige durch gefälschte Erziehungsbeauftragungen den Gaststättenbesuch über die Sperrzeiten hinaus „erschleichen“, in der jetzigen Form abschaffen. Zu beiden Punkten habe man die Landesregierung ersucht, eine Bundesratsinitiative zur Anpassung des Jugendschutzgesetzes auf den Weg zu bringen.

mit empfindlichen Sanktionen rechnen müssen. In Bayern werde beispielsweise künftig die Abgabe von Spirituosen an Kinder unter 14 Jahren mit 4000 Euro und an Kinder über 14 Jahren mit 2000 Euro bestraft. Bei Abgabe von Bier und Wein an Kinder werden 2000 Euro, bei Abgabe an Jugendliche 1000 Euro fällig. Eine Sanktionierung dieser Größenordnung entfaltet nach Ansicht der angehörten Experten eine wirkungsvollere abschreckende Wirkung.

„Auch die sogenannten Flaterate-Parties leisten dem Alkoholmissbrauch Vorschub“, führte Müller aus. Nach unserer Auffassung ist es deshalb an der Zeit, das ‘Komasaufen zu Pauschalpreisen’ gaststättenrechtlich zu verbieten.“ Auch die Innenministerkonferenz habe am 1. Juni 2007 beschlossen, die Möglichkeiten für ein gesetzliches Verbot der Niedrigpreis-Angebote zu prüfen. Es bestehe also Einigkeit hinsichtlich des Handlungsbedarfs. Bisher sei es Tankstellen auch außerhalb der Ladenöffnungszeiten gestattet, Reisebedarf abzugeben. Als Reisebedarf würden heute allerdings auch Branntweine und branntweinhaltenen Getränke gelten. „Aus Gründen des Jugendschutzes ist der Verkauf harter Alkoholika an Tankstellen zu verbieten, zumal es diskussionswürdig erscheint, inwieweit diese überhaupt als Reisebedarf definiert werden können“, so Müller weiter.

„Wir fordern darüber hinaus bei Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz deutlich höhere Mindestbußgelder sowie Gewinn abschöpfende Bußgelder“, ergänzte Kurtz. Wer durch missbräuchlichen Alkoholkonsum von Jugendlichen Geld verdiene, solle

Außerdem solle die Landesregierung prüfen, ob es aus Jugendschutzgründen sinnvoll wäre, den Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen komplett zu verbieten.

Der Antrag umfasst darüber hinaus noch die Rolle der Schule, der Ärzte und der mit der Umsetzung des Jugendschutzes befassten Stellen. „Den zunehmenden Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen dürfen wir nicht hinnehmen. Mit dem im Antrag geforderten Maßnahmenpaket und einer wirkungsvollen Präventionsarbeit werden wir diesem Problem wirkungsvoll begegnen“, so Kurtz.



Im Rahmen der Anhörung hatte die Polizeidirektion Aalen ihr „mobiles Cocktailkommando“ im Einsatz, das zeigte, wie jugendgerechte „coole“ Drinks auch ganz ohne Alkohol gemixt werden. „Ein anschauliches Beispiel aus der Präventions- und Aufklärungsarbeit vor Ort“, freute sich Kurtz. Ein unerlässlicher Baustein, um den Alkoholmissbrauch von Jugendlichen einzuschränken, sei die Präventionsarbeit, so Kurtz. „Die Polizeidirektionen in Baden-Württemberg und die Einrichtungen der Suchthilfe haben hier hervorragende Ansätze entwickelt und sind sehr aktiv“, berichtete Kurtz. Dennoch habe die Anhörung Bedarf an gesetzlichen Änderungen aufgezeigt, der in Form des geschilderten Antrags aufgegriffen worden sei.

Text: Claudia Thannheimer/Heiko Kusche,
Fotos: Claudia Thannheimer

[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

„Für eine Sicherung der qualitativen Vielfalt in der Digitalen Welt“

Die AG Medienpolitik zu Besuch bei der Landesanstalt für Kommunikation (LfK)



„Neben den klassischen Aufgaben der Regulierung der Rundfunklandschaft und der Förderung der technischen Infrastruktur ist vor allem in jüngster Zeit die Medienpädagogik immer mehr in den Fokus der LfK gerückt“, so Präsident Thomas Langheinrich über die Aufgabenschwerpunkte der LfK.

Die Digitalisierung werde eine revolutionäre Wirkung auf die Rundfunklandschaft haben. Dass die gegenwärtige Rundfunkstruktur ein Auslaufmodell sei, zeige sich auch daran, dass die von der LfK zu treffende Entscheidung über die Auswahl eines Jugendradios die wahrscheinlich letzte Entscheidung im Rahmen der „analogen Welt“ sein werde. In diesem Zusammenhang erwähnte er einen

nischen Bereich nicht nur die Infrastruktur gefördert, sondern vor allem die privaten Sender gestärkt werden müssten. Hier müsse seiner Meinung nach der Gesetzgeber verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Man könne beispielsweise eine Koppelung der Fördergelder an die Zahl der tatsächlich beschäftigten Journalisten einführen, um dadurch das journalistische Niveau entsprechend zu erhöhen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Medienpolitik Günther-Martin Pauli sagte zu, diese Ideen in die politische Diskussion mit einfließen zu lassen.

Einen breiten Raum nahm die Frage ein, wie die medienpädagogischen Angebote

Vorschlag der LfK zur Änderung des Landesmediengesetzes. Es müsse eine automatische Verlängerung ermöglicht werden, statt einer umfassenden Neuausschreibung. Die UKW-Lizenzen müssten unter erleichterten Bedingungen verlängert werden können.

Präsident Langheinrich betonte, dass im tech-

des Landes verbessert werden könnten. Präsident Langheinrich verwies auf die vielfältigen Angebote der LfK, wobei er betonte, dass die LfK nicht selbst als Projektveranstalter in Erscheinung trete, sondern versuche, die verschiedenen angebotenen Projekte zu vernetzen. Sehr wichtig und bisher unterschätzt, sei die Einbeziehung des Handys in die Diskussion, da mittlerweile über 90 Prozent aller Kinder und Jugendlichen ein eigenes Handy zur freien Verfügung hätten.

Die Anwesenden waren sich einig, dass aufgrund der technischen Entwicklungen die Anwendungsmöglichkeiten der Medien mittlerweile so mannigfaltig seien, dass eine entsprechende Kontrolle sehr schwierig sei. Dennoch müsse man alle denkbaren Möglichkeiten ergreifen, um wirksame technische Schranken zu installieren. „Wir müssen insbesondere bei den PCs und den Handys den Einbau technischer Hürden vorantreiben und von den Herstellern einfordern“, so der medienpolitische Sprecher Günther-Martin Pauli. Im Hinblick auf den unkontrollierten Fernsehkonsum der Kleinkinder spreche er sich für möglichst weit gehende Regelungen aus: „Letztendlich müssen wir schlicht über ein umfassendes Fernsehverbot für Kleinkinder nachdenken.“

Text © Foto: Luca Wilhelm Prayon

[IN]DISKRET

[In]diskret steht diesmal ganz im Zeichen der Sechzig. Nicht nur die erste Sitzung des **Landtags von Württemberg-Hohenzollern** jährt sich in diesen Tagen zum 60. Male (03.06.) sondern auch drei namhafte Christdemokraten feiern ihren 60. Geburtstag.

Wir dürfen **Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg** aus Mannheim gratulieren, der am 29.06. sein Wiegenfest feiert. Herzliche Grüße richten wir nach Reutlingen an den ehemaligen Minister und Landtagsabgeordneten **Hermann Schaufler**. Beste Wünsche senden wir nach Ettlingen, wo das Mitglied der

CDU-Landtagsfraktion, **Werner Raab**, seinen 60. Geburtstag feiern kann.

Seinen 20. Geburtstag feiert übrigens das **Umweltministerium**, das am 1. Juli 1987 gegründet wurde.

Erinnert sei an einen Gedenktag, der dank wundervoller historischer Ereignisse oftmals in Vergessenheit gerät. Bis 1990 war der **17. Juni** der Tag der Deutschen Einheit, an welchem dem Volksaufstand im Jahre 1953 gedacht wurde. Der 17. Juni ist auch heute noch ein offizieller nationaler Gedenktag, wurde aber vom 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit abgelöst.

[ANTRÄGE]

Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand

In einer großen Anfrage wendet sich die **CDU-Fraktion** in Sachen Entwicklungszusammenarbeit aus Baden-Württemberg an die Regierung. Damit soll eine Bestandsaufnahme der Arbeit der letzten zehn Jahre geschaffen werden, um das künftige Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit aufzuzeigen. In Baden-Württemberg gibt es traditionell ein großes Engagement kirchlicher und bürgerschaftlicher Gruppen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Neben den Maßnahmen der Landesregierung hat insbesondere die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg in der Vergangenheit landesweit viele Initiativen und Gruppen koordiniert, vernetzt und unterstützt.



Schneller Internetzugang auf dem Land



Nach den Zugangsmöglichkeiten des ländlichen Raums für die neuen Medien erkundigen sich **Günther-Martin Pauli MdL** u. a.

Einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur im ländlichen Raum messen die Antragsteller grundlegende Bedeutung bei und fragen daher die Landesregierung unter anderem, in welchem Stadium sich der Ausbau der Kabelversorgung befindet und welche Maßnahmen sie ergreift, um die in Baden-Württemberg bereits bestehenden Glasfasernetze für die Allgemeinheit verfügbar zu machen.

Transparente Preisgestaltung bei der Nutzung von Holzenergie

Nach der Wirtschaftlichkeit von Holzheizungen im Vergleich zu Öl oder Gas erkundigen sich **Dr. Carmina Brenner MdL** u. a. Sie wollen wissen, ob es eine Wirtschaftlichkeitsgrenze gibt, die eine Differenzierung in der Förderung rechtfertigen würde und ob ein regionaler Energieholz-Preisindex sinnvoll wäre. Zudem bitten Sie um Auskunft darüber, warum Holzpellets als Brennstoff mit sieben, Holzhackschnitzel dagegen mit 19 Prozent Umsatzsteuer belegt sind und ob die Landesregierung Bestrebungen unterstützen würde, Energieholz – einheitlich am Verwendungszweck orientiert – mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz zu belegen.

Text: Heiko Kusche



Besuchen Sie uns im Internet!

Aktuelle Informationen, Positionen und Fakten über die Abgeordneten.
Sie finden übrigens auch alle Ausgaben des FRAKTION AKTUELL in digitaler Form auf unserer Seite.
<http://fraktion.cdu-bw.de>



IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Haus der Abgeordneten,
70173 Stuttgart
www.fraktion.cdu.org
post@cdu.landtag-bw.de
V.i.S.d.P.: Heiko Kusche

Gestaltung
Asperger Communication,
Knittlingen

Druck
Friedrich Schröter GmbH,
Pforzheim

Versand
FKM-Verlag, Karlsruhe

Diese Veröffentlichung der
CDU-Landtagsfraktion dient
ausschließlich der Information.
Sie darf während eines
Wahlkampfes nicht zum
Zweck der Wahlwerbung
verwendet werden.

Neue Publikationen erhältlich

Ab sofort können Sie die 2. Auflage der Informationsbroschüre
„IHRE CDU-FRAKTION.“ mit Portraits aller Mitglieder der
CDU-Fraktion kostenlos bestellen.

Neu erschienen ist die Broschüre „ARBEITSKREISE DER
CDU-FRAKTION.“ mit ausführlichen Erklärungen über Zuständig-
keit und Betätigungsfelder der Fraktionsarbeitskreise.

